

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gesetz zur vorläufigen Haushaltsführung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt- gemeinde) im Jahre 2000

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen sind in den vorliegenden Gesetz-
entwurf aufzunehmen:

§ 1 Nr. 2:

Das Wort „Wirtschaftsförderung“ streichen.

§ 1 Nr. 4 (alt) streichen, dafür § 1 Nr. 4 (neu):

Aufträge zur Finanzierung von solchen Gutachten zu erteilen, die im Verwaltungs-
verfahren zwingend vorgeschrieben sind.

§ 1 Nr. 6 (neu):

Zur Finanzierung des Betriebs von Einrichtungen insbesondere des Gesundheits-
und Sozialwesens, der Jugend, der Kultur, des Umweltschutzes, des Sports und
der Bildung im Umfang des Haushaltes 1999 Mittel bereit zu stellen, es sei denn,
dass durch Verträge und/oder andere rechtliche Bindungen bereits andere Zuwen-
dungsverpflichtungen festgelegt wurden.

§ 4 Abs. 2 (neu):

Für die Überführung in eine Kapitaldienstfinanzierung gelten folgende Grundsätze:

1. Die Vorbelastungen aus bestehenden und neuen Tilgungsverpflichtungen für
Investitionsdarlehen im jeweiligen Ressortbudget eines jeden Jahres dürfen
eine Obergrenze von 50 vom Hundert für die Zeit der mittelfristigen Finanz-
planung nicht überschreiten.
2. Die mittelfristigen Belastungen der jeweiligen Ressorthaushalte sind dem Haus-
halts- und Finanzausschuss mit jedem Antrag auf Übernahme einer Einzel-
maßnahme in die Kapitaldienstfinanzierung mit vorzulegen.
3. Die Laufzeiten einer jeden Einzelmaßnahme werden verbindlicher Bestand-
teil des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses.
4. Es dürfen nur solche Maßnahmen überführt werden, für die aufgrund von § 1
Nr. 2 Mittel in Anspruch genommen werden dürfen.
5. Barwertmäßig müssen Kapitaldienstfinanzierungen größere Wirtschaftlichkeit
als die kamerale Finanzierung erreichen.

Es gilt das Regelwerk in der vom Haushalts- und Finanzausschuss verabschiede-
ten Fassung ohne Ausnahmeregelungen für die Dauer des Finanzplanungszeit-
raumes.

Begründung:

Mit der Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs erteilt die Stadtbürgerschaft dem Senat die Vollmacht zur vorläufigen Haushaltsführung, bevor sie selbst die politischen Eckpunkte und deren finanzielle Absicherung in Form des Haushaltes beschlossen hat. Daher erwartet die Stadtbürgerschaft vom Senat, dass mit dem Vollzug im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung keine Entscheidungen getroffen werden, die selbst Gegenstand der politischen Beratungen in der Stadtbürgerschaft sind. Sie erwartet insbesondere, dass

- die Zuwendungsempfänger insbesondere des Sozial-, Gesundheits-, des Jugend-, des Kultur-, des Sport-, des Umwelt- und des Bildungsbereichs auf der Basis des Haushaltes 1999 abgesichert sind, es sei denn, dass durch Verträge und/oder andere rechtliche Bindungen bereits andere Zuwendungsverpflichtungen festgelegt wurden;
- nur solche Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortgesetzt werden, für die im Haushaltsplan des Jahres 1999 bereits Beträge bewilligt worden sind;
- der Kapitaldienstfonds nur für langfristige Finanzierungen entsprechend dem Kapitaldienstfondsgesetz und dem vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Regelwerk genutzt werden darf;
- mit Ausnahme der Begleitung des Prozesses der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs sowie rechtlich imungsverfahren zwingend vorgeschrieben keine neuen Gutachten und/oder Organisationsbegleitungen in Auftrag gegeben werden.

Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen